

## **PRESSEMITTEILUNG**

Köln, 15.05.2013

### **„Die Menschen brauchen keinen Gipfel, sondern klare Entscheidungen in der Fläche!“**

#### **Anlässlich des zweiten Demografie Gipfels der Bundesregierung fordert der Bundesverband der Rentenberater e.V. höhere Hinzuverdienstgrenzen für Rentner und bessere Bewertung von Erziehungszeiten**

„Noch eine Ergebnispräsentation von Arbeitsgruppen, weitere Lippenbekenntnisse über die Bedeutung von Familien und die unverzichtbaren Qualitäten älterer Arbeitnehmer – das bringt uns so nicht weiter.“, sagt Martin Reißig, der Präsident des Bundesverbandes der Rentenberater e.V.

Seit Mitte/Ende der 1980'er gibt es von allen Bundesregierungen Initiativen, ältere Arbeitnehmer in den Betrieben zu halten. Das aktuelle Modell nennt sich ‚Perspektive 50Plus‘ und versucht mit Plakatkampagnen Unternehmen zum freiwilligen Umlenken zu bewegen. Trotzdem wurden und werden Menschen ab Ende 50 in den Vorruhestand, die Altersteilzeit oder die Arbeitslosigkeit geschickt. Die öffentlichen Arbeitgeber stehen privaten Unternehmen hier in nichts nach.

„Besonders absurd sind solche Veranstaltungen, wenn dort Politiker die Rente mit 69 oder mehr propagieren und von Unternehmen und Betrieben mehr Engagement für ältere Arbeitnehmer fordern. In ihren eigenen Verwaltungen könnten sie ja mit gutem Beispiel vorangehen und vorbildliche Arbeitsplätze für Senioren schaffen.“

Ältere Menschen benötigen längere Regenerationsphasen, darauf müssen sich Arbeitgeber professionell einstellen. Der Bundesverband der Rentenberater e.V. fordert deswegen verbindliche Regeln und Vorgaben für altersgerechte Arbeitsplätze. Außerdem müssen die Hinzuverdienstgrenzen deutlich angehoben werden, damit Rentner arbeiten und verdienen können, ohne dass sich die Renten mindern.

„Auch die bessere Bewertung von Kindererziehungszeiten wird immer wieder diskutiert und für sinnvoll befunden. Dann muss man das auch irgendwann mal umsetzen. Man kann doch nicht auf der einen Seite ständig die Bedeutung und den Wert von Familien hervorheben und dann diejenigen, die sich um die

Kinder kümmern, mit ein paar Cent ‚abfrühstücken‘. Das betrifft auch Rentnerinnen und Rentner, die sich um ihre Enkel kümmern, damit die Eltern arbeiten gehen können.“, betont Reißig.

„Wenn wir über den demografischen Wandel reden, müssen wir auch einfach erkennen, dass die jungen Menschen mit dem Thema Vorsorge und Rente vollkommen überfordert sind.“, so Reißig weiter.

Eine aktuelle Studie zeigt, dass nur 38 % der 17 bis 27 Jährigen regelmäßig für das Alter vorsorgen. Die meisten jungen Menschen glauben zwar, dass sie sich in Finanzfragen gut auskennen, wissen aber über Altersvorsorge nicht wirklich gut Bescheid. Darüber hinaus hat die Studie ergeben, dass sich diese Altersgruppe in Rentenfragen allein gelassen fühlt und sich stärkere Fürsorge und verbindliche Regeln seitens des Staates wünscht.

„Die haben einfach Angst, dass ihr Geld weg ist, wenn sie es später brauchen. Und damit haben sie ja auch gar nicht so Unrecht. Auch deswegen fordern wir ja seit langem, dass die Bundesregierung sich verstärkt um die gesetzliche Rente kümmert und nicht immer neue Produkte der privaten Versicherer fördert.“, sagt Martin Reißig, der Präsident der Bundesverbands der Rentenberater e.V.

Der Bundesverband der Rentenberater e.V. ist seit 1976 die anerkannte Berufsorganisation der in Deutschland tätigen Rentenberater. Rentenberater sind unabhängige Rechtsberater und nur ihren Mandantinnen und Mandanten verpflichtet. Sie können, wie Anwälte, ihre Mandanten im Rahmen ihrer Befugnisse vor Sozial- und Landessozialgerichten vertreten. Über den Bundesverband erhalten Ratsuchende fachkundige Hilfe in allen Fragen des Sozialversicherungsrechts sowie der betrieblichen und berufsständischen Vorsorge.

Kontakt:  
Bundesverband der Rentenberater e.V.  
Hohenstaufenring 17, 50674 Köln

[www.rentenberater.de](http://www.rentenberater.de)  
[presse@rentenberater.de](mailto:presse@rentenberater.de)

Telefon: 0221 2406642  
Telefax: 0221 2406946